Stadtentwicklungsausschuss
der Stadt Weißenfels

Weißenfels, 23.05.2017

N I E D E R S C H R I F T
der 41. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22.05.2017

Teilnehmer:	siehe Anwesenheitsliste	Beginn:	17:00 Uhr
Ort:	Stadthalle Beratungsraum, Beuditzstraße 69a	Ende:	17:55 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses	
TOP 4	Ausbaupriorisierung für eine barrierefreie Umgestaltung von ÖPNV-Zugangsstellen in der Stadt Weißenfels	088/2017
TOP 5	Antrag der Fraktion DIE LINKE Prüfung der Einordnung der Straßen vor Entstehung der Beitragspflicht - Stellungnahme der Verwaltung	033(VI)2017
TOP 6	Beantwortung von Anfragen	
TOP 7	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1	Zuschlagserteilung Grundschule Tagewerben - Erneuerung Entwässerungsleitungen	083/2017
TOP 2	Zuschlagserteilung Planungsleistungen Klimaparkplatz Niemöllerplatz	090/2017
TOP 3	Mitteilungen und Anfragen	
TOP 4	Schließung der Sitzung	

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Rauner, Ausschussvorsitzender, eröffnet die 41. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 12 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 24.04.2017 ist somit festgestellt.

4. Ausbaupriorisierung für eine barrierefreie Umgestaltung von ÖPNV-Zugangsstellen in der Stadt Weißenfels

Herr Rauner übergibt das Wort an Herrn Arning. Dieser stellt in einer Präsentation den barrierefreien Ausbau vor. Es wird in 3 Ausbau-Prioritäten unterschieden. Außerdem werden 3 Beispiele gezeigt, die den jetzigen Zustand der Bushaltestellen darstellen und erklärt, welche Arbeiten hier für einen barrierenfreien Ausbau notwendig sind.

Herr Günther fragt an, ob die Kosten bereits in der Haushaltsplanung berücksichtig sind.
Insgesamt werden sich die Kosten auf 1,253 Mio € belaufen. Im Haushaltsplan 2017/2018 sind 50 % eingeplant, 2017 = 153 T€ & 2018 = 470 T€, nach Aussage vom Fachbereichsleiter III, Herrn Bischoff.
Die Maßnahmen werden nun ausgeschrieben.

5. Antrag der Fraktion DIE LINKE
Prüfung der Einordnung der Straßen vor Entstehung der Beitragspflicht - Stellungnahme der Verwaltung

Der in der Beantwortung genannte Sachstand ist der Fraktion „Die Linke“ bereits bekannt. Herr Klitzschmüller geht auf einzelne Textpassagen der Beantwortung ein. Vor allem möchte er wissen, wer die unter 3. genannte Einordnung objektiv in der Verwaltung beurteilt.
Des Weiteren bittet er um Auskunft, wer einschätzt, was bei der Definition von Hauptverkehrsstraßen „überwiegend“ bedeutet.
Herr Klitzschmüller appelliert an die Mitglieder, dass diese die Interessenvertretung der Bürger sind, und dafür sollte sich der Stadtrat einsetzen. Die Zweifel wurden mit dieser Beantwortung nicht ausgeräumt.
Herr Klitzschmüller fordert eine namentliche Abstimmung im Stadtrat.

Verschiedene Meinungen zum Thema werden kurz diskutiert.

Herr Günther führt aus, dass der Stadtrat das Verkehrsentwicklungskonzept im Jahr 2000 beschlossen hat, damit liegt die Entscheidung nicht allein in der Verwaltung, denn die endgültige Entscheidung wird vom Stadtrat getroffen. Inwiefern das Konzept dem heutigen Stand entspricht bzw. wie sich dieses bis 2030 entwickelt, sollte neu diskutiert werden. Eine neue Zuordnung von Straßen wäre somit möglich. Nach seiner Meinung ist die Einbeziehung von Einwohnern in dieser Thematik nicht zielführend. Jeder Betroffene würde in seinem Sinne handeln.

Die Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit-WV/Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Antrag der Fraktion „Die Linke“. Herr Walther schlägt außerdem vor, dass Verkehrsentwicklungskonzept erneut zu diskutieren.

Der Fachbereichsleiter III, Herr Bischoff macht darauf aufmerksam, dass in der Kernstadt eine rechtsgültige Erschließungs- und Straßenausbaubeitragssatzung vorhanden ist. Gleichzeitig bietet er den Ausschussmitgliedern an, in der nächsten Sitzung das Verkehrsentwicklungskonzept und deren Fortschreibung vorzustellen.
In welcher Höhe bzw. mit welchem Prozentsatz die Eigentümer beteiligt werden, wurde im Stadtrat beschlossen.

Herr Günther macht den Vorschlag, dass Verkehrsentwicklungskonzept durch die Verwaltung vorzustellen und zu erläutern. Danach kann über weitere Schritte nachgedacht werden, z.B. Änderung Verkehrsentwicklungskonzept oder Satzungsänderung.

Es wird kurz die Thematik „wiederkehrende Straßenausbaubeiträge“ in der Kernstadt angesprochen. Herr Rauner erläutert sehr deutlich, dass die Verwaltung dies schon mehrfach geprüft hat und es nicht durchsetzbar ist.

Herr Walther bittet um Auskunft, wieviel bisher gegen die Straßenausbaubeitragssatzung geklagt haben und mit welchem Ergebnis.

6. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:
- Lösungsvorschläge Straßenbeleuchtung Käthe-Kollwitz-Straße

Die o.g. Beantwortung bzw. der Sachstand wird durch Herrn Klitzschmüller zurückgewiesen. Nach seiner Ansicht wird hier nicht konkret auf die Thematik eingegangen (Verteilung der Beiträge auf mehr Eigentümer, um Beitrag für den Einzelnen zu mindern). Es wird eine neue Beantwortung gefordert.

7. Mitteilungen und Anfragen

Keine Mitteilungen/Anfragen

Manfred Rauner	Sophie Krämer
Vorsitzender	Protokollführerin